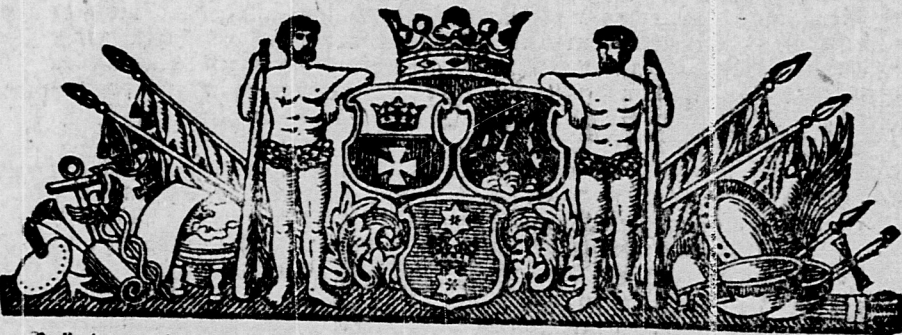


Königsberger Hartung'sche Zeitung.

Die Königsberger Hartung'sche Zeitung erscheint täglich zweimal, wöchentlich zwölfmal. Bezugspreis: Für Königsberg vierteljährlich 5,25 M., frei Haus 5,70 M.; monatlich 1,75 M., frei Haus 1,90 M. — Bei der Post: Vierteljährlich 6 M., monatlich 2 M. (ohne Bestellgeld).

Feldpostbezug täglich unter Kreuzband: monatlich 2,50 M., vierteljährlich 7,50 M. Fernsprecher: Schriftleitung 1011, Geschäftsstelle 36, Buchdruckerei 3307, Hauptchriftleitung und Verlag 5.



Gründungsjahr der Hartung'schen Druckerei (weiland Reissner): 1640.

Anzeigen werden in der Geschäftsstelle Münchenhofstraße 2 und bei allen Anzeigenvermittlungen hier und auswärts entgegen genommen. Preis für die einseitige Kleinzeile oder deren Raum 40 Pfg., für Aufträge außerhalb Ostpreußens 50 Pfg. (Arbeitsmarkt und Wohnungsanzeigen 30 Pfg.) Vorzugsanzeigen 1,50 M. Belegblätter und Einzelblätter 10 Pfg.

Postcheck-Nummer: 141, Königsberg. Berliner Schriftleitung: Berlin, W. 57, In der Apostelkirche 7. (Luzern 6202/3.)

Erfolge gegen den Berliner Spartakus-Aufstand.

Fortdauer der Berliner Straßenkämpfe.

Der Vollzugsrat des Ersten Armeekorps und der Bolschewismus. — Schleifischer Selbstschutz.

Ostpreußens Lage.

Sehr man im deutschen Volk um unsere gesamten Zustände Sorge tragen muß und besonders um den Spartakusaufstand in Berlin, der bis jetzt noch nicht völlig niedergebrosen zu sein scheint, so brennt uns doch gleichzeitig im Osten außerdem noch die besondere Gefahr auf den Rücken, die uns vom Bolschewismus und von der großpolnischen Gewalttätigkeit droht. Diese Dinge sind immer schlimmer und bisher unabweisbar in unsere Nähe gerückt. Sie stehen überdies im Zusammenhang mit dem Berliner Wirrwarr, insofern er ein tatkräftiges Eingreifen der Reichsleitung im Osten natürlich behindert. Wer zwar den Spartakusterror ablehnt, aber, wie die „unabhängige“ Sozialdemokratie, jedem kräftigen Gegenschlag der Richtung Ebert-Scheidemann in den Arm fällt, bereitet auf diese Weise nicht nur der allgemeinen Sicherheit und Ordnung Abbruch, sondern schädigt auch den Osten. Denn bei allem guten Willen der östlichen Grenzwehr, sich aus eigener Kraft gegen feindliche Angriffe zu wehren, gehört zu einer aussichtsreichen Verteidigung des Ostens die tatkräftige militärische Hilfe des Reichs. Der schleifische Zentralrat hat sich entschieden, selbständig ein Heer aufzubringen, nicht aber ohne zugleich Unterstützung vom Reich zu verlangen. Aus Berlin wird gemeldet, daß für die Wiederherstellung geordneter Verhältnisse in Polen die Entsendung zweier Armeekorps dorthin in Aussicht genommen ist. Wie soll diese Wehrmacht ihrem Zweck erfüllen (vorausgesetzt, daß sie wirklich zustandekommt), wenn nicht in ihr selbst und bei der politischen Leitung der einheitliche Wille vorhanden ist, ohne Rücksicht auf die deutsche Parteierklärung vorerst die Aufgabe zu erfüllen, daß unter Obhut gegen fremde Eingriffe gedeckt wird, die von polnischer Seite nicht nur ungesetzlich sind, sondern den Waffenstillstandsbedingungen zuwiderlaufen und den entscheidenden Spruch der Friedensverhandlungen dreist vorwegnehmen? Was den russischen Bolschewismus betrifft, so verkehrt er ebenfalls den zwischen Deutschland und Rußland bestehenden Friedenszustand, will ausgeprochenemachen die „Weltrevolution“ auf seine Art weitertragen, Deutschland zwingen, mit ihm gemeinsame Sache gegen den Vielverband zu machen, mit dem wir doch endlich Frieden haben wollen, und vergeblich schließlich auf neue die Fremdböller Westrußlands, denen der russische Imperialismus bolschewistische Härte die Freiheit und Selbstbestimmung genau so rauben will, wie es der Zarismus getan hat.

So liegen die Dinge. Wenn sich demgegenüber im Königsberger Vollzugsrat des Ersten Armeekorps die Meinung kundgibt, mit dem russischen Bolschewismus zu verhandeln, in der Erwartung, daß dieser dann vor der ostpreussischen Grenze haltmachen wird, so gehört dazu eine Vertrauenslosigkeit, die der ostpreussischen Bevölkerung unverständlich ist. Deshalb hat die Königsberger Volksversammlung der Deutschen demokratischen Partei am Sonntag von der Regierung gefordert, die Diktatur gegen den Anstich bolschewistischer Vorden zu schärfen, und deshalb hat sie sich gegen die von Mitgliedern des Vollzugsrates des Ersten Armeekorps geäußerte Revisionenpolitik nachdrücklich ausgesprochen und zwar mit der Schärfe, die einer Volkskundgebung zuzustehen. Bisherige Mitarbeiter des Königsberger Soldatenrats haben in der demokratischen Volksversammlung erklärt, daß sie wegen der bolschewistischen Verharmlosungen der Vollzugsratsmitglieder auf ihr Amt verzichtet haben. In der Versammlung entstanden Zweifel darüber, ob die fraglichen Ausprägungen wirklich getan worden sein könnten. Klarer Beschluß in diesem Punkte fehlt bisher. Grenzzeugen haben sich dafür verbürgt, daß der Tatbestand richtig wiedergegeben worden ist. Allgemeine Einwände der Gegenseite, wie sie jetzt vorgebracht werden, genügen nicht zur Entkräftung der Behauptung, daß die beiden Mitglieder des Vollzugsrates einem huldbaren Verhalten gegenüber der bolschewistischen Gefahr das Wort geredet haben.

Wir schicken diese Auseinandersetzungen einem Schriftstück voraus, das uns der Vollzugsrat des Ersten Armeekorps zur Veröffentlichung übermitteln. Er äußert dabei den Wunsch, daß seine Erklärung heute früh auf der ersten Seite des Hauptblattes abgedruckt werde, und er freigelegt diesen „Wunsch“ in einem Begleitschreiben zu dem „Verlangen“, daß sie „resslos, ohne Kommentar und nicht verkleinert“ gebracht werden solle. Wir handeln nach unserer Gewissenhaftigkeit, wenn wir bei der Übergabe von Rede und Gegenrede in Streitfällen den Lesern die sachlichen Unterlagen in vollem Umfang zur Verfügung stellen. Nicht einmal die Raumknappheit kann uns von diesem Grundsatze abbringen. Außerdem aber ist der Inhalt der Erklärung des Vollzugsrates nicht derartig, daß wir davon eine sachliche Widerlegung unseres Standpunktes zu befürchten hätten. Verwahren wollen wir uns jedoch ein für allemal unter Berufung auf die Pressefreiheit gegen das merkwürdige Ansinnen, als ob wir verpflichtet werden könnten, irgendwelche Erklärung „ohne Kommentar“ zu lassen. Wir haben vielmehr das Recht und die Pflicht, unsere Überzeugung zu äußern, und für dieses pflichtmäßige Recht werden wir uns jederzeit aufs alleräußerste einsetzen. —sky.

Amtliche Erklärung des Vollzugsrates I. A.-K.

Einige Zeitungen und Versammlungsredner in einer demokratischen Volksversammlung werden uns vor, wir wollten Ostpreußen „bolschewistischen Vorden“ preisgeben. Die dabei mituntergelassenen Schimpereien richten sich selbst. Gegenüber den sachlichen Unrichtigkeiten in diesen Angriffen stellen wir unsere Ansicht wie folgt fest:

Der leidenschaftliche Friedenswille des deutschen Volkes, der der Revolution zum Siege verhalf, gebietet, daß wir uns nicht in neue Kriegsabenteuer verwickeln lassen. Wir haben die Pflicht, alles zu tun, was den Frieden fördert. Wir verlangen daher gemäß einem von der Berliner Delegiertenversammlung der Arbeiter- und Soldatenräte Deutschlands der Regierung übergebenen Antrag, daß unsere deutschen Truppen in den im Osten besetzten Gebieten nicht zu politischen Zwecken zurückgehalten oder durch neue deutsche Truppen ersetzt, sondern, so schnell es die Transportmittel gestatten, in die Heimat zurückgeschickt werden. Wir verlangen ferner in Übereinstimmung mit allen zur Berliner Delegiertenversammlung eingeladenen Kameraden der Diktatur die Wiederannahme der diplomatischen Beziehungen zur Sowjetregierung Rußlands. Das allein sichert unseren noch zahlreich auf russischem Boden weilenden Kameraden ungefähre Heimkehr und eröffnet uns einen rechten Wirtschaftsmarkt, der was für den Verlust des überseeischen Marktes zu entschädigen vermag. Diese Friedensbereitschaft bedeutet selbstverständlich nicht, daß wir den russischen terroristischen Methoden, die übrigens bei allen russischen Parteien landesüblich sind, zustimmen. Das tun wir ebensowenig, wie die deutschen Reichsregierungen und Reichsregierungen, die bekanntlich keinen Anstand genommen haben, mit derselben Sowjetregierung zu verhandeln und Verträge zu schließen. Wir verwerfen vielmehr den roten gleich dem weißen Terror, wie unser Verhalten während der deutschen Revolution beweist. Diese Friedensbereitschaft bedeutet erst recht nicht, daß wir Kabelfischen Versteigerungen zu folgen geneigt sind und uns an der Seite der Sowjettruppen in einem orientierten Kampf gegen die Entente einlassen wollen. Sie bedeutet vor allem nicht, daß wir unsere Heimat schutzlos Raubzügen preisgeben wollen.

Die reguläre Sowjetarmee, keine regellose Horde, sondern wohlgeplante, gut ausgerüstete und geführte Truppen voll revolutionärer Begeisterung, die nach Ansicht der deutschen Militärs sehr ernste Gegner darstellen, will den bis zum Frieden von Brest-Litowsk russischen Boden wieder für Rußland zurückgewinnen. Darüber hinaus geht, wie wir zureichend wissen, die Ansicht der Sowjetregierung, wenn wir Deutschen mit ihr ehrlichen Frieden haben wollen, nicht. Wir sind also, wenn wir uns friedlich in unsere Grenzen zurückziehen, durch die reguläre Sowjetarmee nicht bedroht. Gegen das Bandenwesen freilich, die besondere Landplage unserer Diktatur, ist ein starker Grenzschutz notwendig. Diesen zu schaffen, ist unsere erste Aufgabe, an der wir in Gemeinschaft mit den Arbeiter- und Soldatenräten der Diktatur gerade gegenwärtig eifrig arbeiten. Die nächsten Tage werden voraussichtlich lehren, daß unsere politisch-militärische Auffassung der Lage an der Diktatur von weiten sachkundigen Kreisen geteilt wird und dies alsamt das „Loch- und Landesverrat“ zu bezichtigen selbst unsere blindfertigen Kritiker vielleicht doch Bedenken tragen werden.

So sehr wir die durch die Revolution errungene Presse- und Redefreiheit hochhalten, müssen wir doch ganz entschieden auf folgendes hinweisen:

Der Todeskampf des Kapitalismus ereilt zu allen Mitteln, um die sich befreiende Arbeiterschaft niederzuhalten und zu verächtigen. Es ist aber im Interesse der Ruhe und Sicherheit der Bevölkerung, für die wir die Verantwortung zu tragen haben, unbedingt erforderlich, daß derartige wahrheitswidrige, in das Gegenteil des wirklichen Geschehens verkehrte, erachtensüberliche und verlebende Ausprägungen über einzelne Mitglieder des Vollzugsrates unterbleiben.

Der Vollzugsrat des I. A.-K. Königsberg Pr. Schöpfer. gez.: Bröckel, Hendemann, Arndt, Kroll, Schmidt, Kaskel, Scheler.

Friedenswunsch der deutschen Regierung

W.B. Berlin, 7. Januar. Die Reichsregierung hat sich von neuem an die Verbündeten gewandt mit dem Ersuchen um baldige Aufnahme der Verhandlungen zur Ueberleitung des Waffenstillstandes in den allgemeinen Friedenszustand. Gleiche Schritte sind von der deutschen Waffenstillstandskommission unternommen worden.

W.B. Berlin, 7. Januar. Dem Ersuchen des englischen Vorsitzenden der Waffenstillstandskommission in Spaen, englischen Vertretern den Besuch verschiedener deutscher Städte zu gestatten, um dort die Unterlagen für die Lebensmittelversorgung und die Ernährungsfrage zu studieren, ist stattgegeben worden. Die britischen Herren werden Berlin, Leipzig, Kassel, Hannover, Hamburg, München und vielleicht noch andere deutsche Orte besuchen.

Die Präliminarfriedens-Vorbesprechungen.

W.B. Genf, 6. Januar. Am 14. Januar wird in Paris die Konferenz der vier verbündeten Großmächte eröffnet, in der die Grundlagen für den Präliminarfrieden festgelegt werden.

Erfolge der Regierungstruppen bei den Berliner Straßenkämpfen.

Spartakusleute erschießen Frauen und Kinder.

(Eigene Drahtung unserer Berliner Vertretung.) nn. Berlin, 7. Januar. Die Vermittlungsverhandlungen zwischen unabhängigen Sozialdemokraten und der Regierung scheinen gescheitert zu sein. Trotz des Waffenstillstandes, der während der Verhandlungen herrschte, haben die Unabhängigen und Spartakusleute unter Bruch dieses Vertrages eine Anzahl Gebäude besetzt, auch die Reichsdruckerei, wobei ihnen die Werte an jetzigem Papiergeld in die Hände gefallen sind. Ferner die Güterbahnhöfe und einige Personenbahnhöfe, auch das Brandenburgertor. Die Regierung scheint nun wirklich ernst zu machen, denn bereits in den ersten Abendstunden hatten Truppen der Regierung sowohl das Brandenburgertor wie den Potsdamer Bahnhof von Spartakusleuten geräumt. Gegen das Brandenburgertor ging man mit Klammern vor. Allerdings sind selbstverständlich diese Straßenkämpfe besonders gefährlich. Es ist nicht ohne Verluste abgegangen. Im übrigen bereitet sich die Regierung darauf vor, energisch durchzugreifen. Im Anmarsch sind vollständige Divisionen Artillerie mit Maschinengewehren aus Potsdam, ferner das Jägerbataillon und Infanterie, die in den südwestlichen Vororten liegen. Die Regierung will zu dem entscheidenden Schlag erst ausholen, wenn sie sämtliche Truppen zusammen hat. Aber man zögert auch jetzt noch, denn die Verantwortung ist riesengroß. Geht die Regierung so schief vor, wie es den Anschein hat, so kostet es Blut, viel Blut.

Die „Freiheit“, das Organ der Unabhängigen, schreibt zur Lage: „Die Situation hat sich seit gestern Nacht nicht wesentlich geändert. Die Verhandlungen wurden bis in die Morgenstunden fortgeführt. Die Arbeiter sollen in den Betrieben eventuell eine neue Karole abwarten. Die Aufforderung der „Roten Fahne“ von heute Vormittag trägt, soviel wir wissen, die Unterschrift des Zentralvorstandes der U. S. P. D. Die Lage bleibt äußerst gespannt. Wir wiederholen unsere Aufforderung, daß die Anhänger aller Parteien die Verhandlungen nicht durch Agenten auf eigene Faust führen sollen. Es muß vermieden werden, daß aus neue Brüderblut fließt.“ Das klingt sehr schön, aber vor allem sollten die Führer der Unabhängigen danach handeln und ihre eigenen Leute nicht nur nicht auf die Straße, sondern in den gespanntesten Augenblicken ausgerechnet auch noch auf die Wilhelmstraße gehen.

In der Reichskanzlei herrscht reges Leben. Das Bild hat sich infolgedessen geändert, als man seit gestern weiteres Material herbeigeschafft hat. Es sind Sandbäder zum Schutze der Fenster herangeschafft. Auch wird reichlich Füllzettel für eventuelle verwundete Mannschaften getroffen. Das Kabinett tagt ohne Unterbrechung. Die Straßen um den Wilhelmplatz wurden bei Einbruch der Dunkelheit wieder streng abgesperrt, um so vor Uebergriffen sicher zu sein, und um den Truppen gegebenenfalls ein freies Schußfeld zu halten. Es gelang den Regierungstruppen im Laufe des Nachmittags, die Garde-Pionierkaserne sowie das Proviantamt zurückzuerobern und die Spartakusleute daraus zu vertreiben.

Von Stunde zu Stunde gestaltet sich die Lage der Regierung günstig.

Nicht nur aus Potsdam sind Truppen eingetroffen, sondern auch von Hannover sind Infanteriebataillone im Anmarsch. Inzwischen ist es gelungen, den Spartakusleuten die Eisenbahndirektion zu entreißen. Um das Gebäude der Reichsdruckerei wird zur Stunde noch gekämpft, jedoch mit sicherer Aussicht, das Gebäude bald in Händen zu haben. In der Stadt selbst sind alle Straßen nach den Regierungsgebäuden in der Wilhelmstraße zu abgesperrt und infolge dessen menschenleer. An der Ecke der Wilhelmstraße haben sich große Menschenmassen angehäuft, aber meist nur Neugierige, die an Demonstrationen nicht denken. Im übrigen fängt das Leben an, wieder in das alte Geleise zu kommen. Von Zeit zu Zeit hört man noch Kanonenschüsse und Maschinengewehrfeuer aus der Ferne. Wie die Spartakusleute in ihrem fanatischen Haß gegen die eigene Bevölkerung vorgehen, dafür mag folgende Tatsache als Beispiel dienen: Als das Brandenburgertor nicht mehr zu halten war, richteten die Spartakusleute ein Maschinengewehr auf einen vorbeifahrenden elektrischen Straßenbahnwagen und schossen in den Wagen hinein, wobei vierzehn Frauen und Kinder verletzt wurden. Eine Frau erlitt einen schweren Lungenschuß.

nn. Berlin, 7. Januar. Wie wir noch zur Befehung der Reichsdruckerei erfahren, gelang es einem Beamten dieses wichtigen Betriebes, den Hauptschlüssel zu den Tresoren zu retten und in Sicherheit zu bringen.